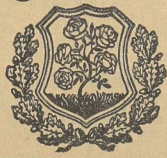


Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Verteilung, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zögnerstr. 9, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streich, Betriebsstörung u. m. d. m. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnort 7 Goldpf., für Anzeigen in amtlichen Zeit 10 Goldpf., im Anzeigenteil 30 Goldpf., einsch. Umhüllerei, Scherterger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburggebäude.

Nr. 109.

Sonnabend, den 10. September 1932.

35. Jahrg.

Das Reichstagspräsidium bei Hindenburg

Hindenburg behält sich die Entscheidung vor

Der Empfang bei Hindenburg.

Der vom Empfang des neuen Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten irgenwelche Erwartungen erwartet hatte, wird etwas enttäuscht sein. Die Lage hat sich nicht verändert, es wird ausdrücklich erklärt, daß Hindenburg nach wie vor hinter dem Kabinett von Papen stehe. Das Wort hat also jetzt der Reichstag. Allerdings ist seit dem Empfang die Wahrscheinlichkeit der Auflösung noch größer geworden.

Die amtliche Mitteilung über den Besuch lautet: Reichspräsident von Hindenburg empfing heute (Freitag) das neuwahle Präsidium des Reichstages: Reichstagspräsident Göring und die Vizepräsidenten Esser, Graef (Thüringen) und Kauf. Reichstagspräsident Göring stellte das neue Präsidium vor; der Reichspräsident dankte für den Besuch und sprach den Serren seine besten Wünsche für die Erfüllung ihrer Aufgabe aus. Serren schloß sich eine kurze Ansprache über die politische Lage an.

Der Empfang hat kaum eine Wertsteigerung bewirkt. Aber die kurze amtliche Mitteilung hinaus werden noch weitere Einzelheiten über den Empfang bekannt. In dem Empfang nahm der Staatssekretär Meißner vom Büro des Reichspräsidenten teil; er stellte die Serren vor. Dann wurden einige Höflichkeitsworte gewechselt. Darauf hielt Reichstagspräsident

Göring eine kurze Ansprache, in der er von den Möglichkeiten einer Mehrheitsbildung im Reichstage sprach, und das wiederholte, was in der gemeinsamen Erklärung des Zentrums und der Nationalsozialisten über ihre Verhandlungen enthalten ist. Nach der Ansprache Görings wies der

deutschnationale Vizepräsident Graef darauf hin, daß seiner Auffassung nach das Reichstagspräsidium nicht berechtigt sei, mit dem Reichspräsidenten politische Verhandlungen zu führen, er fügte hinzu, daß er für seine Person gegen die Rückkehr zum parlamentarischen System und für die Form der jetzigen Regierung sei. Der dem Zentrum angehörende Vizepräsident Esser hat den Reichspräsidenten, vor weiteren Entscheidungen die Führer des Zentrums und der Nationalsozialisten zu empfangen.

Hindenburg erwiderte kurz,

daß er sich alle Entscheidungen vorbehalte, daß er seine Verantwortung habe, der jetzigen Regierung sein Vertrauen zu entziehen. Damit hat der Reichspräsident deutlich zu erkennen gegeben, daß das Kabinett in seiner jetzigen Zusammensetzung sein Vertrauen besitzt. Auch an zuständigen Stellen wird ausdrücklich betont, daß der Reichstagler v. Papen auch nach seiner letzten Unterredung mit Hindenburg durchaus das Vertrauen des Reichspräsidenten habe, und daß alle Verhandlungen über Umformungen infolge einiger Punkte im Wirtschaftsprogramm falsch seien. Man nimmt jedoch an, daß der Reichspräsident vor weiteren Entscheidungen die Führer der Parteien empfangen wird. In politischen Kreisen erwartet man aber von diesem Empfang auch keine Veränderung der Lage mehr.

Man hat der Reichstag das Wort.

Die beiden Parteien, Zentrum und Nationalsozialisten, sind nun tatsächlich vor die Entscheidung gestellt, ob sie mit dem Kabinett v. Papen, hinter dem der Reichspräsident steht, zusammenarbeiten wollen, oder ob sie das Kabinett stürzen und damit die Auflösung des Reichstages herbeiführen wollen.

Die Reichsregierung ist fest entschlossen, von ihrer Vollmacht zur Auflösung Gebrauch zu machen, wenn die Ansprache über die Kanzlererklärung am Dienstag und Mittwoch der nächsten Woche zeigen sollte, daß eine Verständigung unmöglich geworden ist. Man spricht ja immer noch von einer Vertagung des Reichstages ohne Abstimmung auf unbestimmte Zeit, weil Zentrum und Nationalsozialisten damit Zeit für neue Verhandlungen gewinnen wollten. Praktisch wäre das zunächst eine Duldung des jetzigen Kabinetts. Die Wahrscheinlichkeit für diese Lösung wird aber als sehr gering beurteilt.

Feststeht, daß nach der Auflösung Neuwahlen stattfinden, entgegen der vielfach geäußerten Meinung, die Reichsregierung wolle die Neuwahlen auf unbestimmte Zeit verschieben. Wahrscheinlich aber wird für die Wahl der letztmögliche Termin herausgeholt. In der Annahme, daß die Auflösung am nächsten Donners tag, also am Tage nach der Aussprache erfolgt, würden demnach die Neuwahlen am 13. November stattfinden. Das alles sind Meinungen und politische Prophezeiungen, die allerdings auf Grund der heutigen Lage wohlbegründet sind. Aber in der Politik kommt bekanntlich im letzten Augenblick manches anders als man denkt, und so können auch jetzt noch im letzten Augenblick Abstriche in den Entschlüssen, man darf nur daran denken, daß außer den kommunisten keine Partei an Neuwahlen große Freude hat.

Das Reichstagspräsidium fuhr zum Reichsstanzenpalais nicht gemeinsam, sondern in zwei Automobilen. Im dem ersten fuhr Reichstagspräsident Göring, in dem zweiten die Vizepräsidenten. Der Wagen des Reichstagspräsidenten Göring trug zwei Hafenstreifen.

Gegen politischen Kurswechsel.

Was Vizepräsident Graef Hindenburg sagte. Die deutschnationale Pressestelle gibt über den Empfang des Reichstagspräsidiums durch den Reichspräsidenten eine Darstellung, die auf einen Bericht zurückgeht, den Vizepräsident Graef über den Besuch in der Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion erstattete. In dem Bericht heißt es: Nach der Vorstellung des Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten hielt der nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring eine Ansprache, in der er betonte, daß im Reichstag eine arbeitsfähige parlamentarische Mehrheit liege, daß der Reichstag sich nicht auflösen lassen wolle und daß er als Reichstagspräsident sich gegen die Gerichte, daß der Reichspräsident diesen auflösen beabsichtige, zur Wehr setzen müsse. Er habe den einstimmigen Auftrag des Reichstages, dies zum Ausdruck zu bringen.

Der deutschnationale Vizepräsident Graef widersprach diesen Äußerungen Görings auf das schärfste. Er führte aus, daß das Reichstagspräsidium nicht befugt sei, dem Staatsoberhaupt politische Vorschläge zu machen oder gar Anträge zu stellen. Das Präsidium sei keine politische Körperschaft und überdies in seiner Meinungsbildung absolut nicht einig.

Herr Graef betonte, daß die Einsetzung eines wirklich von den Parteien unabhängigen Kabinetts ein Fortschritt sei, demgegenüber der Rückfall in den Parlamentarismus und in das Koalitionsspiel, wie die Nationalsozialisten und das Zentrum es erstreben, einen absoluten Rückschritt bedeuten würde. Hierbei sei sich der größte Teil des Volkes einig, nämlich weiter Kreise der Nationalsozialisten einig. Die Rücksicht auf die Stetigkeit der politischen Entwicklung und auf die Autorität des Staatsoberhauptes verbietet es, einen Kurswechsel in der Regierungsführung vorzunehmen, selbst für diejenigen, die nicht mit allen Maßnahmen des Kabinetts Papen im Reich und in Preußen einverstanden seien.

Gegenüber der wiederholten und dringend ausgesprochenen Bitte des Vizepräsidenten Esser, vor der Entscheidung noch einmal die Führer der Nationalsozialisten und des Zentrums zu empfangen, erklärte der Reichspräsident, daß er sich seine Entscheidung darüber noch vorbehalte.

Parteiführer bei Hindenburg.

Empfang am nächsten Dienstag. Der Reichspräsident hat den Reichstagspräsidenten Göring wissen lassen, daß er bereit sei, Dienstag mittag 12 Uhr zwei Vertreter der Nationalsozialisten, zwei Vertreter des Zentrums und einen Vertreter der Bayerischen Volkspartei in Gegenwart des Reichsstanzenzers zu empfangen und ihre Auffassung der politischen Lage entgegenzunehmen.

Man rechnet in Reichstagskreisen damit, daß unter diesen Umständen die Aussprache über die Regierungserklärung voraussichtlich am Mittwochmittag beginnen können wird. Am dem Zeitpunkt der Regierungserklärung, der bekanntlich für Montag nachmittag um 3 Uhr festgesetzt ist, hat sich nichts geändert.

Vorstandssitzung des Zentrums am Montag.

Der Geschäftsführende Vorstand der Deutschen Zentrumspartei tritt am Montag in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Am Montagabend findet eine Sitzung der Zentrumsfraktion des Reichstages statt. In beiden Sitzungen wird man sich mit der politischen Lage beschäftigen.

Der Völkerbund auf dem Pulverfaß.

Italien unterstützt Deutschlands Gleichberechtigungsforderung. In diplomatischen Kreisen Rom gibt man der Ansicht Ausdruck, daß Deutschland durch die Auffüllung seiner Forderung der Währungsleichheit über Nacht wieder zu internationaler Bedeutung gelangt sei. Es habe zwei mächtige Basen in der Hand: die Möglichkeit nämlich, die Verweigerung seiner Gleichberechtigung mit dem Ausschneiden aus dem Völkerbund und aus der Abrüstungskonferenz zu beantworten. Auch die italienische Politik stehe vor neuen schweren Entscheidungen, die maßgebend zum Fortschritt Italiens aus dem Völkerbund führen könnten, obwohl Italien alles tun wolle, um diesen Schritt zu vermeiden.

Das fördernde Element in der europäischen Politik sei die Haltung Frankreichs, das zwar internationale Friedenspakte unterzeichnet, aber seine Zögerlichkeit durch Behaltenshaltung seiner militärischen Vorräte für sich selbst und den Völkerbund zu seinen Sonderzwecken ausnütze. Italien bestrebe den deutschen Anspruch auf Währungsleichheit als den Prüfstein, es sei der Ansicht, daß eine Ablehnung dieser Forderung durch Frankreich einen Bruch des Versailler Vertrages bedeute.

London an der Pariser Antwortnote unbeteiligt.

Die französische Regierung hat durch ihren Londoner Botschafter dem englischen Außenminister den Antwortentwurf auf die deutsche Wehrdenkschrift vom 29. August zur Prüfung überreichen lassen. Allgemein besteht in Londoner diplomatischen Kreisen der Eindruck, daß England sich — wahrscheinlich in erster Linie unter dem Einfluß des Ministerpräsidenten MacDonald —

erfolgreich den französischen Versuchen widersetzt hat, die Londoner Diplomatie mittel- oder unmittelbar für den Text der französischen Antwort mitverantwortlich zu machen. Öffentlich haben die Engländer deutlich zu verstehen gegeben, daß sie zu einer unmittelbaren Stellungnahme zu der französischen Antwort und dementsprechend zu einer „Konstitution“ im Sinne des Konfliktabpates nicht bereit seien. Infolgedessen mußte sich der französische Botschafter darauf beschränken, die Note im Sinne einer „Information“ zu übermitteln. Von englischer Seite kann also mit Recht darauf hingewiesen werden, daß sich in der französischen Antwort

keine englischen Anzeichen

widerspiegeln werden. Es kann ferner mit Sicherheit angenommen werden, daß auch die deutsche Botschaft in London über den Gang der englisch-französischen Aussprache voll auf dem laufenden gehalten wurde.

Amerikanischer Druck auf Frankreich.

Mit Hilfe der deutschen Gleichberechtigungsforderung. In Paris verlautet im Zusammenhang mit der vielbeachteten Umwesenheit des USA-Senators Reed und den zwischen dem französischen Außenamt und der amerikanischen Botschaft geschrittenen Verhandlungen über die deutsche Gleichberechtigungsforderung, daß die Vereinigten Staaten einem dem englischen sehr stark angehängerten Standpunkt vertreten. Amerika solle sich nicht hinter die deutsche oder französische Forderung stellen, sondern die Gelegenheit benutzen, um Frankreich zu einer Herabsetzung seiner Forderungen auf einen möglichst niedrigen Stand zu bewegen. Dabei werde das Beweismittel benutzt, daß Deutschland ja nicht die Wiederherstellung, sondern die Angleichung der Währungen auf der Grundlage gleicher Rechte fordere.





Schönere Wäsche durch richtiges Waschen!

Eine wundervoll reine, klare Wäsche von höchster Sauberkeit und prachtvoll frischem Duft gibt die richtige Anwendung von Persil. Nehmen Sie auf je 3 Eimer Wasser 1 Normalpaket Persil. Lösen Sie Persil allein - ohne jeden weiteren Zusatz an Seife und Seifenpulver - in kaltem Wasser auf. Kochen Sie die Wäsche nur einmal kurze Zeit in der Persillauge. Spülen Sie dann gut, erst heiß, dann kalt. Wenn Sie Persil so gebrauchen, nutzen Sie alle seine Vorteile voll aus.

Persil bleibt Persil

Zum Einweichen der Wäsche, zum Weichmachen des Wassers: Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Was niemand ungelesen glauben mag:

Sonder-Angebot 6 Pf.-Zigarre mit feinem Gumatra

gedeckt in 10 1/2 cm Länge

Bitte beachten Sie meine Auslagen, die Ihnen bekäftigen, daß außerdem jede Ware eines guten Cigarren-Fachgeschäfts preiswert erhältlich ist. **Louis Hofmann, Jorgauer Gtr. 20**

FÜR DEN ELEGANTEN HERRN
GUTE KLEIDUNG
TADELLOSER SITZ
Ich empfehle mich für Anfertigung von Maßkleidung aus besten Stoffen und Zutaten. Für tadellosen Sitz und gute Ausführung trage ich Sorge. Neue Muster von preiswerten Qualitätsstoffen sind eingetroffen und stehen zu Ihrer Wahl bereit.
Hochachtungsvoll
RICHARD REICHERT, Baderei 15

Neu eingetroffen:
Herren-, Damen- und Kinder-Sportwesten
Herren-Zullover mit u. ohne Ärmel
Knaben-Strickanzüge
Strickwolle in allen Farben
Sebastian Schimmeyer.

Vergessen Sie nicht bei Vergebung Ihres Bedarfs an Drucksachen bei uns anzufragen! Wir liefern Ihnen sämtliche
DRUCKSACHEN
für Industrie, Gewerbe und Privat schnell, sauber und preiswert.
Buchdruckerei Steinbeiss
Annaburg, Fernruf Nr. 224

Mittellager
Zorpedireiläufe
Kometfreiläufe
Felgen, Starre Naben
Borderrad-Naben
Kofffreie Speichen
Glocken, Rücklichte
Lenker, Ketten
Reparaturen
Annaburger Fahrradzentrale
Martha Stein.

Kaffeefiltrierpapier „Melitta“
(geschnitten, in Kartonpackung), empfiehlt
Herm. Steinbeiß, Papierhandlung

Zufleidende!
Am Montag, den 12. Septbr., zwischen 11-6 Uhr finden
kostenlose Beratungen
durch den **Fußspezialisten Herrn Kamprath-Beipzig** in meinem Geschäft statt.
Erwachsene sorgen Sie für Gembelhaltung Ihrer Füße, für Befestigung und Verhütung aller Fußleiden, Fußschmerzen und Fußleiden.
Eltern achten Sie auf die Füße Ihrer Kinder, gerade in der Kindheit werden durch Tragen ungewöhnlichen Schuhwerks die Grundlagen für zahlreiche Fußkrankungen gelegt. Darum kommen Sie, denn Sie erhalten für Ihre lebenden Füße sachmännischen Rat und Hilfe.
Max Freidank

Kinder-Nährmittel
Neulle und Aufete's Kindermehl, Condensierte Milch, Hafermehl, Haferflocken, Dinkel-Nährweibad, Milchzucker, Kaiser Hafer-Katao, Kalzan, Lebertran-Emulsion empfiehlt
Drogerie und Photo-Haus Otto Schwarze,

Christlichen Rat
in allen Rechtsfragen, sowie Anfertigung aller Klagen, Schlichtsäge, Gesetze und Rentenentsprüche erstellt und fertig an
Herm. Beier, Annaburg, Gärtnerstraße 7
Salon-Tinte
empfiehlt **H. Steinbeiß.**

Werbe-Woche!
Mit Eröffnung der Herbst-Saison veranstalte ich eine
Mantel-Werbewoche.
Unsere bisherigen Erfolge sprechen von einer **Spitzenleistung in Qualität, Mode und Preis!**
Bekäftigen Sie bitte meine Schaufenster-Auslagen!
Beginn des groß. Propaganda-Verkaufs am **Montag, den 12. September,** mit Preisen, die wirklich werben müssen!

Ernst Peschke,
Ackerstraße 16 / Das Haus der guten Qualitäten!
Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Die ersten Sendungen
Damen-Herbst- und Winter-Mäntel
sind eingetroffen. Ich zeige Ihnen in meinem Geschäft die neuesten Modelle, die die diesjährige Mode vorschreibt. Besichtigen Sie bitte zunächst meine Schaufenster! Vielleicht finden Sie schon den richtigen Mantel für sich, den ich Ihnen gern zurückhänge; auch ist jetzt die richtige Zeit für Extrabestellungen, weil später dann manche Stoffe vergriffen sind.
Emil Bortfeld
Diesen Sonntag ist mein Geschäft geöffnet!

Gasthof zur Kleinbahn
Sonntag, d. 11. Septbr., bringt die **Micki Maus** das weiß ich, **alle Schlager** neueste Sachen, Jung u. Alt wird dabei lachen. Ergreift ladet ein **Herm. Beier.**
Eine größere und mehrzere kleine
Alterparzellen verpachtet
Dorotheenhof. Dasselbst sind abzugeben:
Erdbbeerpflanzen.
Frachtbriele empfiehlt die Buchdruckerei

Eine Kuh
steht zum Verkauf
Söben Nr. 15.
Empfehle in la Qualität zu billigen Preisen:
Öel
Maschinen-Motoren-Zentrifugen-Fahrrad-Fußboden-Vinoleum-Wops- und Brenn-Schaffers, Wagen- u. Lederfette
Fischtran
Vohnerwachs lose und in Packungen
Wöbel-Politur
F. Käblich's Nachf.
Inhab.: **Martha Müller.**

Fahrräder
Boston 50. - Mf.
Ideal 60. - Mf.
Dyel-Blig 75. - Mf.
Klaweto, 3/4 Ballon 75. - Mf.
Gisa, Ballon 85. - Mf.
Alle Räder mit Freilauf
Veden 1.60, Schläuche 0.75, Ketten 1.-
Redalen 1.25, Glocken 0.30, Griffe 0.40
Rehe 0.75, Sättel 3.50, Satteldecken 0.75
Pumpen 0.50 u. 0.90, Freilaufnabe 8.-
Rücklicht 0.25, Voislampen 12.50
Alle Reparaturen und Ersatzteile
Fritz Ködler, Fernruf 255

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.

Bezugspreis wird monatlich festgelegt. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zentralfstr. 9, entgegen.

In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Verkehrs-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpf., für Anzeigen in amtlichen Zeitl. 10 Goldpf., im Anzeigenteil 30 Goldpf., einschl. Umrahmung, Scherleiste und tabellarischer Satz mit Ausschlag.

Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezahle.

Nr. 109.

Sonnabend, den 10. September 1932.

35. Jahrg.

Das Reichstagspräsidium bei Hindenburg

Hindenburg behält sich die Entscheidung vor

Der Empfang bei Hindenburg.

Der vom Empfang des neuen Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten irgenwelche Emotionen erregt hatte, wird etwas entlarvt sein. Die Lage hat sich nicht verändert, es wird ausdrücklich erklärt, daß Hindenburg nach wie vor hinter dem Kabinett von Papen stehe. Das Wort hat also jetzt der Reichstag. Allerdings ist seit dem Empfang die Wahrscheinlichkeit der Auflösung noch größer geworden.

Die amtliche Mitteilung über den Besuch lautet: Reichspräsident von Hindenburg empfing heute (Freitag) das neuwahlsche Präsidium des Reichstags: Reichstagspräsident Göring und die Vizepräsidenten Esser, Graef (Thüringen) und Raue. Reichstagspräsident Göring stellte das neue Präsidium vor; der Reichspräsident dankte für den Besuch und sprach den Herren seine besten Wünsche für die Erfüllung ihrer Aufgabe aus. Herr Raue schloß sich eine kurze Ansprache über die politische Lage an.

Der Empfang hat kaum eine Viertelstunde gedauert. Aber die kurze amtliche Mitteilung hinaus werden noch weitere Einzelheiten über den Empfang bekannt. In dem Empfang nahm der Staatssekretär Meißner vom Büro des Reichspräsidenten teil; er stellte die Herren vor. Dann wurden einige Höflichkeitssätze gewechselt. Darauf hielt Reichstagspräsident

Göring eine kurze Ansprache, in der er von den Möglichkeiten einer Mehrheitsbildung im Reichstage sprach, und das wiederholte, was in der gemeinsamen Erklärung des Zentrums und der Nationalsozialisten über ihre Verhandlungen enthalten ist. Nach der Ansprache Görings wies der

deutschnationale Vizepräsident Graef darauf hin, daß seiner Auffassung nach das Reichstagspräsidium nicht berechtigt sei, mit dem Reichspräsidenten politische Verhandlungen zu führen, er fügte hinzu, daß er für seine Person gegen die Rückkehr zum parlamentarischen System und für die Form der jetzigen Regierung sei. Der dem Zentrum angehörende Vizepräsident Esser hat den Reichspräsidenten, vor weiteren Entscheidungen die Führer des Zentrums und der Nationalsozialisten zu empfangen.

Hindenburg erwiderte kurz,

daß er sich alle Entscheidungen vorbehalten, daß er aber seine Veranlassung habe, der jetzigen Regierung sein Vertrauen zu entgegenen. Damit hat der Reichspräsident deutlich zu erkennen gegeben, daß das Kabinett in seiner jetzigen Zusammensetzung sein Vertrauen besitzt.

Auch an zuständigen Stellen wird ausdrücklich betont, daß der Reichstagspräsident v. Papen auch nach seiner letzten Unterredung mit Hindenburg durchaus das Vertrauen des Reichspräsidenten habe, und daß alle Meinungen über Unstimmigkeiten infolge einiger Punkte im Wirtschaftsprogramm falsch seien. Man nimmt jedoch an, daß der Reichspräsident vor weiteren Entscheidungen die Führer der Parteien empfangen wird. In politischen Kreisen erwartet man aber von diesem Empfang auch keine Änderung der Lage mehr.

Man hat der Reichstag das Wort.

Die beiden Parteien, Zentrum und Nationalsozialisten, sind nun tatsächlich vor die Entscheidung gestellt, ob sie mit dem Kabinett v. Papen, hinter dem der Reichspräsident steht, zusammenarbeiten wollen, oder ob sie das Kabinett stürzen und damit die Auflösung des Reichstags herbeiführen wollen.

Die Reichsregierung ist fest entschlossen, von ihrer Vollmacht zur Auflösung Gebrauch zu machen, wenn die Ansprache über die Kanzlererklärung am Dienstag und Mittwoch der nächsten Woche zeigen sollte, daß eine Verständigung unmöglich geworden ist. Man spricht ja immer noch von einer Vertagung des Reichstags ohne Aufbietung aller auf unbestimmte Zeit, weil Zentrum und Nationalsozialisten damit Zeit für neue Verhandlungen gewinnen wollten. Praktisch wäre das zunächst eine Duldung des jetzigen Kabinetts. Die Wahrscheinlichkeit für diese Lösung wird aber als sehr gering beurteilt.

feststeht, daß nach der Auflösung Neuwahlen stattfinden, entgegen der vielfach geäußerten Meinung, die Reichsregierung wolle die Neuwahlen auf unbestimmte Zeit verschieben. Wahrscheinlich aber wird für die Wahl der letztmögliche Termin herausgeholt. In der Annahme, daß die Auflösung am nächsten Donnerstag, also am Tage nach der Aussprache erfolgt, würden demnach die Neuwahlen am 13. November stattfinden. Das alles sind Meinungen und politische Prophezeiungen, die allerdings auf Grund der heutigen Lage wohl begründet sind. Aber in der Politik kommt bekanntlich im letzten Augenblick manches anders als man denkt, und so können auch jetzt im letzten Augenblick Überraschungen eintreten; man darf nur daran denken, daß außer den kommunisten keine Partei an Neuwahlen große Freude hat.

Das Reichstagspräsidium fuhr zum Reichstagserpallais nicht gemeinsam, sondern in zwei Automobilen. In dem ersten fuhr der Reichstagspräsident Göring, in dem zweiten die Vizepräsidenten. Der Wagen des Reichstagspräsidenten Göring trug zwei Hafenkreuzfahrzeuge.

Gegen politischen Kurswechsel.

Das Vizepräsident Graef Hindenburg sagte. Die deutschnationale Pressestelle gibt über den Empfang des Reichstagspräsidiums durch den Reichspräsidenten eine Darstellung, die auf einen Bericht zurückgeht, den Vizepräsident Graef über den Besuch in der Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion erstattete. In dem Bericht heißt es: Nach der Vorstellung des Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten hielt der nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring eine Ansprache, in der er betonte, daß im Reichstag eine arbeitssfähige parlamentarische Mehrheit liege, daß der Reichstag sich nicht auflösen lassen wolle und daß er als Reichstagspräsident sich gegen die Gerichte, daß der Reichspräsident diesen auflösen beabsichtige, zur Wehr setzen müsse. Er habe den einstimmigen Auftrag des Reichstags, dies zum Ausdruck zu bringen.

Der deutschnationale Vizepräsident sprach diesen Äußerungen Görings ab und führte aus, daß das Reichstagspräsidium dem Staatspräsidenten politische Vorschläge zur Aufschaltung zu stellen. Das Präsidium ist eine Körperschaft und überdies in seiner Bildung absolut nicht einig.

Herr Graef betonte, daß die Einfuhr von den Parteien unabhängigen Kabinetts sei, demgegenüber der Nationalsozialismus und in das koalitionsfähige Nationalsozialisten und das Zentrum ist erfüllt. Die Nationalsozialisten und das Zentrum sind größter Teil des Volkes einschließlich in Nationalsozialisten einig. Die Rücksicht auf der politischen Entwicklung und auf der Staatsoberhauptes verbietet es, Wechsel in der Regierungsführung zu nehmen, selbst für diejenigen, die nicht aus dem des Kabinetts Papen im Reich einverstandene seien.

Gegenüber der wiederholten und gesprochenen Bitte des Vizepräsidenten Entscheidung noch einmal die Führer der Parteien und des Zentrums zu empfangen, erklärte der Reichspräsident, daß er sich seine Entscheidung vorbehalten habe.

Parteiführer bei Hindenburg

Empfang am nächsten Donnerstag. Der Reichstagspräsident hat den Reichstagspräsidenten Göring wissen lassen, daß er bereit sei, Dienstag mittag 12 Uhr zwei Vertreter der Nationalsozialisten, zwei Vertreter des Zentrums und einen Vertreter der Bayerischen Volkspartei in Gegenwart des Reichstagspräsidenten zu empfangen und ihre Auffassung der politischen Lage entgegenzunehmen.

Man rechnet in Reichstagskreisen damit, daß unter diesen Umständen die Aussprache über die Regierungserklärung voraussichtlich am Mittwochmittag beginnen können wird. In dem Zeitpunkt der Regierungserklärung, der bekanntlich für Montag nachmittag um 3 Uhr festgesetzt ist, hat sich nichts geändert.

Verhandlung des Zentrums am Montag.

Der Geschäftsführende Vorstand der Deutschen Zentrumspartei tritt am Montag in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Am Montagabend findet eine Sitzung der Zentrumsfraktion des Reichstags statt. In beiden Sitzungen wird man sich mit der politischen Lage beschäftigen.

Der Völkerbund auf dem Pulverfaß.

Italien unterstützt Deutschlands Gleichberechtigungsforderung. In diplomatischen Kreisen Rom gibt man der Ansicht Ausdruck, daß Deutschland durch die Auffüllung seiner Forderung der Gleichberechtigung über Nacht wieder zu internationaler Bedeutung gelangt sei. Es habe zwei mächtige Basen in der Hand: die Möglichkeit nämlich, die Verweigerung seiner Gleichberechtigung mit dem Ausschneiden aus dem Völkerbund und aus der Abrüstungskonferenz zu beantworten. Auch die italienische Politik stehe vor neuen schweren Entscheidungen, die maßgebende zum Völkerbund führen könnten, obwohl Italien alles tun wolle, um diesen Schritt zu vermeiden.

Das föderale Element in der europäischen Politik sei die Haltung Frankreichs, das zwar internationale Friedensparte unterstehe, aberberücksichtigt seine Sicherheit durch Beibehaltung seiner militärischen Vorherrschchaft schützen wolle und den Völkerbund zu seinen Sonderzwecken ausnütze. Italien bestrafe den deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung als den Prüffstein, es sei der Ansicht, daß eine Ablehnung dieser Forderung durch Frankreich einen Bruch des Versailler Vertrages bedeute.

London an der Pariser Antwortnote unbeteiligt.

Die französische Regierung hat durch ihren Londoner Botschafter dem englischen Außenminister den Entwurf einer Antwort auf die deutsche Wehrdienstfrage vom 29. August zur Prüfung überreichen lassen. Allgemein diplomatischen Kreisen der Entente, wahrscheinlich in erster Linie unter Ministerpräsidenten MacDonald

frühen Versuchen wieder diplomatisch mittel- oder unmittelbar für einen Antwort mit einer Antwort. Es haben die Engländer deutlich, daß sie zu einer unmittelbaren französischen Antwort und dementsprechend in dem Sinne des Konboreit seien. Infolgedessen mußte Vorklären, darauf bestränkt, die "Information" zu übermitteln. Man also mit Recht darauf hingewiesen, daß die französische Antwort den englischen Ansichten entsprechen. Es kann ferner mit Sicherheit angedeutet, daß auch die deutsche Botschaft (Gang der englisch-französischen Ausläufen gehalten wurde.

Der Druck auf Frankreich.

Italien Gleichberechtigungsforderung. In dem Zusammenhang mit der vielbetonten U.S.A.-Senators Reed und amerikanischen Außenamt und der amerikanischen Verhandlungen über die Gleichberechtigungsforderung, daß man einen dem englischen sehr stark vertritt. Amerika solle sich nicht hinter die deutsche oder französische Forderung, sondern die Gelegenheit benutzen, um Frankreich zu einer Herabsetzung seiner Forderungen auf einen möglichst niedrigen Stand zu bewegen. Dabei werde das Verweismittel benutzt, daß Deutschland ja nicht die Wiederherstellung, sondern die Angleichung der Forderungen auf der Grundlage gleicher Rechte fordere.

